

Bundesinnenminister Schäuble: "Politiker dürfen nie den Kopf in den Sand stecken"

Interview Herrn Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble in der niederländischen überregionalen Tageszeitung "Algemeen Dagblad" (AD) vom 13. Juli 2007

AD: Nach den Anschlägen in London 2005 wurde ein unschuldiger Brasilianer erschossen, weil er für einen Terroristen gehalten wurde. Möchten Sie Ähnliches auch in Deutschland erlauben?

Schäuble: Natürlich nicht. Ich habe in einem Interview gesagt: Wenn jemand wüsste, in welcher Höhle sich Osama Bin Laden befindet, dann könnte man eine ferngesteuerte Rakete gegen ihn abfeuern. Eine Übertragung auf die innerdeutsche Lage ist eine bewusst falsche Interpretation. Allerdings haben wir es aber beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit großen Herausforderungen zu tun, worauf das Recht und das Völkerrecht bisher keine Antwort haben. Dieser Debatte dürfen wir nicht aus dem Weg gehen.

AD: Die Erste Kammer [der Generalstaaten = niederländischer Senat] berät sich gerade über ein Gesetz, das die Bewegungsfreiheit extremistischer Muslime einschränkt. Darüber gibt es bei uns kaum eine Diskussion; ebenso wenig über die von Ihnen vorgeschlagene Online-Durchsuchung der Rechner von Verdächtigen, die bei uns schon seit langem gängige Praxis ist. Warum stoßen Ihre Vorschläge auf so viel Widerstand?

Schäuble: Auf Grund der deutschen Vergangenheit sind derlei Fragen immer schwierig. Diese Sensibilität ist verständlich und gut, aber andererseits muss das Grundgesetz ein Gefühl der Sicherheit vermitteln können. Die technische Entwicklungen gehen weiter, und damit ändert sich auch die Art der Bedrohung. Genauso wie in anderen Ländern sind auch in Deutschland zur Zeit der vorhergehenden Bundesregierung Rechner von verdächtigen Gefährdern durchsucht worden. Das Bundesverfassungsgericht hat dies aber untersagt und den Gesetzgeber aufgefordert, eine verfassungsgemäße Grundlage für diese Durchsuchungen zu schaffen. Deshalb habe ich die Aussetzung der Durchsuchungen veranlasst – und zwar so lange, bis wir dafür eine gesetzliche Grundlage haben.

AD: Ein weiterer Vorschlag lautet: Extremisten, die einen Terrorakt planen, aber noch nichts Konkretes getan haben, sollen Sie internieren oder mit einem Handy-Verbot belegen lassen wollen. Wie sehen Sie das?

Schäuble: Ich habe die Möglichkeit der Vorbeugehaft für Terroristen ausdrücklich verneint, aber es gibt immer wieder Hinweise auf Handlungen von Extremisten, die wir nach dem Strafrecht nicht ahnden können. Beispielsweise kauft jemand bestimmte Chemikalien, mit denen man ausschließlich Sprengstoffsätze herstellen kann. Falls es sich bei den Gefährdern um Ausländer handelt, kann versucht werden, sie auszuweisen, aber dies ist dann unmöglich, wenn in den Herkunftsländern die Menschen- und Bürgerrechte nicht garantiert sind. Auch auf die Gefahr des home-grown terrorism geben Ausweisungen keine Antwort. Uns bleibt also die Wahl, Rechtsvorschriften anzupassen und solche Handlungen unter Strafe zu stellen oder

aber diese Menschen unter einschränkenden Bedingungen in Deutschland verbleiben zu lassen. Wenn wir nichts tun und dann ein Anschlag mit hunderten Toten verübt würde, müssten wir uns die Frage gefallen lassen, warum wir nichts dagegen getan haben. Schließlich habe ich die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger.

AD: Sollte der Staat die Menschen nicht eher beruhigen statt ihnen Angst zu machen?

Schäuble: Eine ehrliche Beschreibung der Gefahren und Risiken, die uns überall in Europa begegnen können, ist nach meiner Meinung besser dazu geeignet, Menschen die Angst zu nehmen, als so zu tun, als lebten wir in absoluter Sicherheit. Es gibt nun mal die Bedrohung durch den islamistischen Extremismus. Aber deswegen brauchen wir nicht in Panik zu geraten. Lassen Sie uns ein Vorbild nehmen an den Briten. Diese erkennen, dass es Risiken gibt, aber lassen sich dadurch ihre Lebensart nicht verderben.

AD: Auch seriöse Zeitungen fragen sich, inwiefern Ihre politischen Entscheidungen beeinflusst werden von dem auf Sie im Jahr 1990 verübten Attentat?

Schäuble: Ich glaube, überhaupt nicht. Ich kann es bei mir selbst nicht erkennen. Aber ich meine, dass jeder, der diese Frage stellt, darüber nachdenken muss, ob er dies nicht aufgrund irgendwelcher Vorurteile gegenüber Behinderten tut. Ich halte es für eine falsche Argumentation, die Meinung und politischen Argumente eines Menschen auf seine persönliche Erfahrungen zurückzuführen. Hier fängt die Diskriminierung von Minderheiten an.